



**„Integration durch Partizipation“
Wahlplattform der AGABY und des DGB Bayern zu
Migration und Integration
für die Landtagswahl am 28. September 2008 in Bayern**

23. Juli 2008

Rede des 1. stv. Vorsitzenden der AGABY, Hüseyin Yalcin
über politische und gesellschaftliche Teilhabe

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Freunde,

zunächst möchte ich dem DGB-Bayern und Heide Langguth sowie Johann Schredl von der IG-Metall und Ulrich Gammel von Verdi für die Vorbereitung und die Organisation der Veranstaltung meinen Dank aussprechen.

Seit über 50 Jahren gibt es nun Zuwanderung in dieses Land und über 64 % der hier lebenden Menschen mit ausländischem Pass leben länger als acht Jahre hier. 15,4 % der Menschen in diesem Land haben einen Migrationshintergrund, dennoch werden diese Menschen noch immer nicht als ein Teil der deutschen Gesellschaft angesehen. Mit Definitionen, wie Gastarbeiter, Ausländer oder Migrant wird man aus der Gesellschaft ausgeschlossen oder für unmündig erklärt. Die Integration wird nur als eine Bringschuld der Migranten gesehen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Frage an Sie: Würden Sie sich in ein Land integrieren wollen, in dem Sie ständig ausgegrenzt und diskriminiert werden, in dem Sie in der Bildung und im Beruf auf keine Chancengleichheit zählen dürfen? Ein Land, in dem Sie alle Pflichten erfüllen, in dem Ihnen aber die politische Partizipation aufgrund Ihrer Herkunft verweigert wird? Es wird in der Öffentlichkeit von Politikern und auch zum Teil von den Medien suggeriert, dass diese Menschen eher eine Belastung als eine Bereicherung für die deutsche Gesellschaft sind. Sie werden kriminalisiert und als Ausbeuter der sozialen Sicherungssysteme abgestempelt. Gerne wird übersehen, was diese Menschen für dieses Land geleistet haben und noch immer leisten.

Sie haben beim Wiederaufbau dieses Landes geholfen, sie haben dafür gesorgt, dass dieses Land eine der größten Wirtschaftsmächte der Welt wurde, und haben ihren Beitrag zur Wiedervereinigung geleistet. Als Dank wurden Migranten für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht, da sie oft nur gering bis gar nicht qualifiziert sind und deshalb auf dem Arbeitsmarkt nicht vermittelbar sind. Aber keiner stellt die Frage, warum sie nicht qualifiziert sind. Als man die 1. Generation der sogenannten Gastarbeiter angeworben hat, wurde nicht darauf geachtet, ob diese Menschen eine Bildung genossen haben. Nein, viel wichtiger war, ob sie gesund, belastbar und billige Arbeitskräfte waren. Man wollte keine Fachkräfte, für die man ja hätte mehr bezahlen müssen. Für die 2. und 3. Generation haben die IGLU- und PISA- Studien bewiesen, dass Kinder aus sozial schwachen Familien und, wenn sie dann auch noch Migrationshintergrund haben, von vornherein in diesem

Bildungssystem benachteiligt werden. Das hat auch dazu geführt, dass nur sehr wenige Migranten aus der 2. und 3. Generation einen Bildungsabschluss haben und eine erfolgreiche Karriere einschlagen konnten.

Wir sind heute hier, um Forderungen an die Politik zu stellen und zu zeigen, wie wir die Integration in diesem Land durch mehr Partizipation verbessern können.

Die öffentliche Wahrnehmung von Migranten muss sich ändern, d.h. nicht, dass Probleme unter den Tisch gekehrt werden sollen. Nein, es soll auch über Probleme gesprochen werden, aber ohne zu polarisieren, zu verallgemeinern und zu diffamieren. Es kann nicht sein, dass z.B. bei der Berichterstattung über Verbrechen unterschiedliche Maßstäbe angesetzt werden: Vergehen von Einheimischen werden verharmlost und die von Migranten werden schlimmer dargestellt oder die Ethnie des Täters steht im Vordergrund. Beispiel: Wenn ein Türke seine Frau tötet, dann ist das ein Ehrenmord und wird wochenlang in der Boulevard-Presse ausgeschlachtet. Wenn aber ein Deutscher seine Frau bzw. seine ganze Familie tötet, dann ist es auf einmal ein Familiendrama.

Oder ein anderes Beispiel: Der Türke Mehmet XY hat einen Rentner verprügelt. Aber beim Deutschen heißt es dann, ein Jugendlicher hat einen Rentner überfallen und verletzt. Ich finde ein Mord ist ein Mord! Hier gibt es nichts zu verharmlosen! Man sollte meinen, dass Verbrecher auch vor dem Gesetz gleich bestraft werden. Der Deutsche bekommt wahrscheinlich die gleiche Haftstrafe wie der Türke, aber nach der Haftentlassung wird der Türke dann abgeschoben. Wieso wird der Deutsche nicht auch abgeschoben, zumal beide fast keinen Bezug zu dem Land haben, in das sie dann abgeschoben werden?

Damit Integration gelingt, muss sich in diesem Land einiges ändern. Die deutsche Sprache ist ein wichtiger Bestandteil, aber nur ein kleines Puzzleteil. Zur Integration und gesellschaftlichen Teilhabe gehört viel mehr, nämlich:

- **Eine Anerkennungs- und Würdigungskultur**

Die Leistungen der Migranten für diese Gesellschaft müssen entsprechend gewürdigt und öffentlich gemacht werden. Die Bundesintegrationsbeauftragte nennt Zahlen, nach denen es in Deutschland fast 600.000 Unternehmer mit Migrationshintergrund gibt, die mehr als zwei Millionen Beschäftigte haben. Leider gibt es keine Zahlen wie hoch ihr Umsatz ist bzw. wie viel sie wieder in ihre Unternehmen investieren. Eine Studie des Zentrums für Türkeistudien aus dem Jahr 2005, in Auftrag gegeben von der Deutsch-Türkischen IHK, zeigt am Beispiel der Türken, was sie für dieses Land tun. Laut dieser Studie gab es 2005 64.600 türkische Selbständige in Deutschland, die einen

Jahresumsatz von 29,5 Mrd. Euro erwirtschafteten, ein Investitionsvolumen von 7,4 Mrd. Euro hatten und 323.000 Mitarbeiter beschäftigten. Solche Zahlen findet man selten in den Medien bzw. hört man selten aus den Mündern von Politikern. Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass Menschen mit ausländischem Pass 84 Mrd. Euro in die sozialen Sicherungssysteme einzahlen. Diese Leistungen müssen öfter in der Öffentlichkeit präsent sein, anerkannt und gewürdigt werden. Damit das Signal an die Zugewanderten geht, dass auch ihre Leistungen für die deutsche Gesellschaft bei den Einheimischen angekommen ist.

Die kulturelle und gesellschaftliche Bereicherung, die wir durch die Migranten erfahren, wird bei dieser ganzen Diskussion zum Teil vergessen.

- **Zugehörigkeits- und Heimatgefühl**

Den Menschen muss das Gefühl der Zugehörigkeit, der Bereitschaft, der Aufnahme und Heimat vermittelt werden. Denn wer sich willkommen, dazugehörig fühlt, der fühlt sich auch hier zu Hause und identifiziert sich mit diesem Land.

- **Gesellschaftliche Partizipation**

Migranten sollten als mündige Bürger gesehen werden. Es soll nicht über sie gesprochen werden, sondern mit ihnen, nicht über sie entschieden werden, sondern mit ihnen. Dazu gehört insbesondere die Wertschätzung der Arbeit von Migrantenselbstorganisationen und die Anerkennung und institutionelle Förderung der AGABY auf Landesebene sowie die Vertretung der Migranten in Gremien der Selbstverwaltung und in Verwaltungsbeiräten, z.B. im Rundfunkrat: auch Migranten zahlen Rundfunkgebühren, auch ihre Bedürfnisse müssen bei der Programmgestaltung berücksichtigt werden.

Zur gesellschaftlichen Partizipation gehört auch, dass den Zugewanderten die Möglichkeit des Auslebens ihrer Religion und Kultur gegeben wird, denn dort wo man zu Hause ist, lebt man seine Kultur und Religion aus.

Chancengleichheit in der Schule und im Beruf

Jedes Kind, das keine vernünftige Bildung und Ausbildung bekommt, ist auch ein Verlust für die Gesellschaft, nicht nur aus menschlicher, sondern auch aus wirtschaftlicher Sicht. Denn wer bei der Bildung spart, spart an der falschen Stelle. Dazu gehört auch eine Bildungspolitik, die allen Kindern gerecht wird, nicht nur denen, die es sich leisten können. Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

In letzter Zeit hat der internationale Terrorismus dazu geführt, dass Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aus dem Blick der Öffentlichkeit zurückgedrängt worden sind. Man

könnte fast glauben, dass sich die Situation in diesem Bereich verbessert hätte. Doch im Gegenteil, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit erreichen immer mehr die Mitte der Gesellschaft. Es darf diesem Gedankengut in unserer Gesellschaft kein Raum gegeben werden.

- **Politische Partizipation**

Als Ausländer zahlen sie Steuern und Abgaben, kommen also ihren Pflichten nach. Mitentscheiden können sie aber nicht, sie werden einfach davon ausgeschlossen. Wie wäre es, wenn wir dann auch entsprechend dem Grad der Mitsprache, Mitwirkung und Mitentscheidung unsere Steuern und Abgaben zahlen würden? Dann würde ein riesiger Aufschrei durchs Land gehen und jeder würde von Anarchie sprechen und alle würden uns fragen was uns denn einfallen. Damit dieser Aufschrei nicht passiert, ist die Politik hier zum Handeln aufgerufen: das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene auch für Ausländer aus Nicht-EU-Ländern einzurichten und erleichterte Einbürgerungsbedingungen mit der Hinnahme der Mehrstaatigkeit zu schaffen.

Sie sehen, um die Integration und die gesellschaftliche Partizipation in diesem Land voranzutreiben, reicht Sprache allein nicht aus. Wir brauchen all die Bedingungen, die ich zuvor aufgezählt habe und noch viel mehr. Vor allem aber brauchen wir gegenseitigen Respekt und einen Dialog auf gleicher Augenhöhe, denn beide Seiten müssen sich einbringen: Zugewanderte wie Einheimische.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Hüseyin Yalcin

23. Juli 2008